

Von Radi Hofstetter, Präsident KFVGR

Nachdem der Ständerat in der Herbstsession in der zweiten Runde einen «vernünftigen» Gegenvorschlag zu den beiden vom Parlament und Bundesrat als zu extrem empfundenen Volksinitiativen versenkt hat, werden wir nun im nächsten Frühling also nur Ja oder Nein sagen können.

Die Trinkwasserinitiative fordert, dass nur noch Bauern mit Steuergeldern subventioniert werden, die nachhaltig produzieren. Das heisst, auf synthetische Pestizide und den präventiven Einsatz von Antibiotika verzichten und nur so viele Nutztiere halten, wie auf dem eigenen Hof Futter zu ihrer Ernährung produziert werden kann. Mit letzterem soll verhindert werden, dass Grossbauern mit überhöhten Tierbeständen übermässig viel Gülle produzieren, die unsere Böden und damit unsere Oberflächenwasser und selbst unser Trinkwasser mit Nitriten überbelasten. Nicht nur im Unterland, auch in unseren Talschaften müssen immer mehr Grundwasserbrunnen geschlossen oder das Wasser mit reinem Bergquellwasser verdünnt werden, um die Trinkwasserqualität noch sicherstellen zu können. Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir immer weniger sauberes Wasser vorfinden und die Schweiz wandelt sich vom «Wasserschloss zur Güllengrube».

Die zweite Initiative fordert ein generelles Verbot sämtlicher synthetisch hergestellter Pestizide und ein Verbot der Einfuhr von mit synthetischen Pestiziden hergestellten Lebensmitteln. Damit müssten alle Bau-

ern auf nachhaltige Bioproduktion umstellen und in unseren Läden würde es nur noch Bioprodukte geben. Natürlich ist dies eine extreme Forderung, aber ohne einen vernünftigen Gegenvorschlag lässt uns unsere Regierung nur die Wahl, ob wir zukünftig voll auf Bio setzen oder ob wir unsere Umwelt weiterhin ungehindert von den Giftmischern der Agroindustrie vergiften lassen wollen.

Eine im September 2020 veröffentlichte Studie des Amtes für Natur und Umwelt des Kantons Graubünden ANU zeigt mit einer Messreihe an verschiedenen Standorten in der Val Müstair die Pestizidbelastung im Jahr 2019 auf. Unter den Titeln «Vom Winde verweht» und «Pestizide aus dem Südtirol kennen keine Grenzen» wurden die Resultate publiziert. Obwohl die Landesgrenze bereits über 20 km von den intensiv besprühten Obstkulturen des Vinschgau entfernt ist, konnten die dort eingesetzten Pestizide noch deutlich nachgewiesen werden. Selbst im weit oben im Tal gelegenen Valchava waren einige von ihnen noch nachweisbar. Das ANU betont, dass die in der Val Müstair gefundenen Werte nicht gesundheitsgefährdend sind, aber für mich tönt Bio anders. Es hilft wenig, wenn 80 Prozent der Bauern in der Val Müstair nachhaltig produzieren und auf synthetische Pestizide verzichten, wenn die südlichen Nachbarn mithilfe des Windes kilometerweit über die Grenzen spritzen.

Für uns Fischer sind die beiden Pestizide mit den höchsten gemessenen Konzentrationen besonders alarmierend. Sowohl das vorgefundene Fungizid Captan wie auch das Insektizid Phosmet (Pthalamid) gelten neben

dem, dass sie vermutlich krebserregend sind, als äusserst giftig für alle Wasserorganismen. Selbst kleinste Mengen dieser langlebigen Umweltgifte können Gewässer stark gefährden, weshalb es keinen tolerierbaren Grenzwert gibt.

Ein zukünftiges Nebeneinander von nachhaltiger Bioproduktion und herkömmlicher Landwirtschaft wird nicht mehr möglich sein. Man kann nicht auf vergifteten Böden und mit vergiftetem Wasser nachhaltig gesund produzieren. Die Agrolobby wird uns im Frühling mit fast unbegrenzten Mitteln in riesigen Werbekampagnen weismachen wollen, dass unsere Lebensmittelregale leergefegt und wir verhungern werden, sollte eine der beiden Initiativen angenommen werden. Es ist klar, für sie

geht es ums nackte Überleben, denn ihr Geschäft ist das Vernichten von Insekten, Pilzen und Unkräutern. Dass dabei nebenher auch viele Nützlinge wie Bienen und die für unsere Vögel und Fische als Nahrung dienenden Insekten und Wasserkleinlebewesen eingehen, ist ein unvermeidbarer Nebeneffekt, der so in Kauf genommen werden muss.

Ich denke, das Gegenteil wird der Fall sein. Wenn wir die beiden Initiativen ablehnen und weiterhin so unkontrolliert unsere Umwelt vergiften, müssen unsere Biobauern über kurz oder lang kapitulieren und wir können nur noch wählen, ob wir mehr oder weniger vergiftetes Essen und in welcher Preisklasse zu uns nehmen. Gesundes Essen und sauberes Trinkwasser wird es nicht mehr geben. Eine zunehmende Mehrheit der Schweizer wollen aber gesundes Essen auf dem

Tisch und sind auch gerne bereit, mit weniger, aber dafür gesundem oder gar keinem Fleisch zu leben. Dieser Trend ist in aller Munde, nur in unserer Politik ist er noch nicht angekommen. Rund drei Viertel der vielen Milliarden an jährlichen Steuergeldern fördern die klassische Milch- und Fleischproduktion und die für 2022 angekündete Agrarreform, die das ändern sollte, wurde bereits auf eine unbestimmte Zeit verschoben. Auch wenn das Volk beide Initiativen entgegen dem Willen der Politik und der Agrolobby annehmen sollte, werden Jahre vergehen, bis davon etwas zu spüren sein wird. Ihr alle wisst, dass die vor über 25 Jahren vom Volk angenommene Gewässerschutzinitiative mehr als acht Jahre brauchte, bis sie gesetzlich formuliert war und der Vollzug auch heute noch teilweise auf sich warten lässt.

Wetten, dass die Agrarlobby ebenso stark ist, wie damals die Kraftwerkslobby! Auch wenn wir zweimal Ja sagen, wird es Jahrzehnte gehen, bis wir auf eine giftfreie Produktion umgestellt haben. Ich hoffe einfach, dass es bis dann nicht zu spät für unsere Umwelt und unsere Gesundheit ist.

Bild: Adrian Koch

Die Präsidentenkonferenz findet am Samstag 21. November 2020, von 13.30 bis 17.00 Uhr statt, mit anschliessendem Apéro im Comandersaal, Sennensteinstrasse 28, 7000 Chur. Alle Präsidenten der Fischereivereine sowie die Vertreter des AJF sind herzlich eingeladen. Neben der Vernehmlassung der neuen Statuten sollen primär die wegen Corona an der digital stattgefundenen DV weggefallenen Ehrungen nachgeholt werden. Auch wird der neue Vorstand persönlich vorgestellt. Daneben stehen die üblichen Punkte, wie Sömmerlingsfonds und Förderpreis Bündner Fischer, sowie Anträge der Vereine an.

Anzeige

